

DL21

**ABRÜSTUNG
WIEDER ZUM
GRUNDPFEILER
SOZIALDEMOKRATISCHER
AUßENPOLITIK
MACHEN**



FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September bekräftigen wir als DL21 – Die Linke in der SPD, unsere Forderung, Abrüstung wieder zum Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Deutschland darf sich nicht an einem neuen Wettrüsten beteiligen. Die SPD darf nicht die Logik übernehmen, dass durch Aufrüstung Abschreckung erfolgreich sei.

FRIEDEN FÖRDERN

Wir wollen dass sich unsere Außenpolitik an den Zielen der Friedensförderung und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir brauchen einen Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz. Zur Friedensförderung gehören für uns auch faire Handelbeziehungen.

ZIVILE KONFLIKTLÖSUNG

Konflikte können nachhaltig nur auf zivilem Wege gelöst werden. Daher fordern wir den Ausbau des zivilen Friedensdienstes und die deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die Programme zur zivilen Krisenlösung durch die Bundesregierung. Es bedarf besserer finanzieller und personeller Unterstützung von zivilen Missionen der OSZE und der EU, die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft einschließlich Russlands, Friedensmediation durch entsprechende Expert*innen und die Unterstützung von Organisationen, die in Konfliktgebieten Zivilist*innen durch unbewaffnete Begleitprogramme vor Angriffen schützen.

DIPLOMATIE STATT MILITARISIERUNG

Die Erhöhung des Militärhaushaltes muss rückgängig gemacht werden. Ganz grundsätzlich sind wir sicher, dass durch diese Auflösung von

transatlantischen Abhängigkeiten und die Entwicklung europäischer Vertragssysteme nach außen Europas eigenständige Rolle in der Welt gestärkt werden würde. Wir sehen, dass diese Entwicklung einer eigenständigen europäischen Friedenspolitik gegebenenfalls eine Verminderung des US-amerikanischen Interesses an Europa zur Folge haben könnte. Wir lehnen die Bestrebungen ab, die EU als militärischen Machtblock zu entwickeln. Auf europäischer Ebene wollen wir auch in einen direkten Gesprächskontakt mit Russland treten.

FÜR ABRÜSTUNG

Wir wollen auf europäischer Ebene, die Rüstungsausgaben um 10 Prozent senken. Unser Ziel ist es, die Ausgaben der Verteidigungshaushalte auf 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu reduzieren. Die Stationierung neuer Trägersysteme für US-Nuklearwaffen in Europa ist in jedem Fall abzulehnen. Wir wollen, dass Deutschland möglichst schnell den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Wir lehnen es ab, dass Waffenexporte, die in Länder außerhalb der NATO und der EU gehen, im Interesse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu erstellen, in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag über alle Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp von Waffenexporten unser Ziel.

NEIN ZU FCAS

Wir haben uns dafür eingesetzt, die deutsche Beteiligung am Rüstungsprojekt FCAS (Future Combat Air System) zu stoppen. Im Bundestag konnten wir erreichen, dass zunächst nur die

Gelder für Forschung und Entwicklung freigegeben wurden. Das reicht uns jedoch nicht. Wir streiten weiter dafür, vollständig aus diesem Projekt auszusteigen. Denn FCAS ist nicht als defensives Projekt angelegt, sondern auf offensive Kriegführung gegen hoch entwickelte Militärsysteme. Die Neubeschaffung atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge und von Kampfdrohnen ist mit einer sozialdemokratischen Friedenspolitik jedoch nicht vereinbar.

NEIN ZU BEWAFFNUNGSFÄHIGEN DROHNEN

Wir lehnen die weitere Entwicklung, Beschaffung und Anwendung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen für Deutschland und die Bundeswehr kategorisch ab. Durch großes Engagement in der SPD-Bundestagsfraktion und gemeinsame Aktivitäten mit der Friedensbewegung ist es uns gelungen, eine Bundestagabstimmung zur Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr zu verhindern. Wir fordern von der zukünftigen Bundesregierung weitere Initiativen zur internationalen Ächtung der Letalen Autonomen Waffensysteme (LAWS) mit dem Ziel eines internationalen, völkerrechtlichen Verbots sowie die Ausarbeitung und den Beschluss einer nationalen Doktrin zu LAWS, die das Erfordernis menschlicher Verfügungsgewalt festschreibt.

Forum Demokratische Linke 21 e.V.

vertreten durch die Vorsitzende Hilde Mattheis, MdB

Kurt-Schumacher-Haus

Müllerstraße 163

D-13353 Berlin

info@forum-dl21.de

www.forum-dl21.de



DL21

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.